

VERBRAUCHERPOLITIK EU AKTUELL

verbraucherzentrale

Bundesverband

Ausgabe 13 | 19. Juni bis 2. Juli 2017

INHALT:

- Allgemeine EU-Verbraucherpolitik
- Bauen / Energie / Umwelt / Verkehr
- Finanzdienstleistungen
- Gesundheit / Ernährung
- Telekommunikation / Medien / Internet
- Wirtschaftsfragen / Wettbewerb
- Terminvorschau

ALLGEMEINE EU-VERBRAUCHERPOLITIK

1. Europäische Staats- und Regierungschefs für freien Welthandel

Auf der Tagung des Europäischen Rats am 22./23. Juni 2017 bekannten sich die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union zu einem offenen und regelbasierten multilateralen Handelssystem. Die Europäische Union werde sich weltweit aktiv für eine ehrgeizige Freihandelsagenda einsetzen. Die Staats- und Regierungschefs sprachen sich für Fortschritte bei allen laufenden Verhandlungen, unter anderem mit Mexiko, dem Mercosur (gemeinsamer Markt in Südamerika) und dem asiatisch-pazifischen Raum, aus. Sie begrüßten die jüngsten Fortschritte in den Verhandlungen mit Japan, die den Weg für eine politische Einigung ebnen könnten.

http://www.consilium.europa.eu/press-releases-pdf/2017/6/47244661590_de.pdf

2. Freihandelsabkommen mit Japan („JEFTA“) kurz vor Abschluss

EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker nahm am 29. Juni 2017 an einem Vortreffen europäischer Staats- und Regierungschefs zum G20-Gipfel in Berlin teil. „Wir haben uns intensiv über Handelsfragen unterhalten“, sagte Juncker im Anschluss im Bundeskanzleramt in Berlin. Er habe Handelskommissarin Cecilia Malmström und Agrarkommissar Phil Hogan nach Tokio geschickt, um das Handelsabkommen mit Japan vor dem G20-Gipfel (7./8. Juli 2017 in Hamburg) auf die Zielgerade zu bringen.

Impressum

Verbraucherzentrale
Bundesverband e.V.

Markgrafenstraße 66

10969 Berlin

Leiterin Team Brüssel

Isabelle Buscke

isabelle.buscke@vzbv.de

Anregungen zum Newsletter
nehmen wir gerne entgegen.

Klaus Müller, Vorstand des Verbraucherzentrale Bundesverbands (vzbv), kritisiert die Intransparenz der Verhandlungen: „Die Europäische Kommission erfüllt ihre selbstgesetzten Transparenz-Anforderungen leider noch immer nicht. In der unfreiwilligen Veröffentlichung der JEFTA Verhandlungsdokumente zeigt sich dies ein weiteres Mal. Handelsabkommen können zwar nicht vollkommen öffentlich verhandelt werden. An entscheidenden Stellen des Verhandlungsprozesses muss es jedoch die Möglichkeit geben, eine öffentliche Debatte zu führen. Diese Forderung geht auch an die Adresse der Bundesregierung. Wie andere EU-Mitgliedsstaaten sperrt sie sich noch immer dagegen, die Mandate für Handelsabkommen zu veröffentlichen.“

https://ec.europa.eu/germany/news/pr%C3%A4sident-juncker-zu-g20-berlin-und-estnischem-eu-vorsitz-tallinn_de

<http://www.vzbv.de/pressemitteilung/eu-und-japan-muessen-jefta-transparent-verhandeln>

3. EU-Kommission startet Konsultation zum EU-Verbraucherrecht

Die EU-Kommission hat am 30. Juni 2017 eine öffentliche Konsultation zum EU-Verbraucherrecht gestartet. Sie bittet Verbraucher, Unternehmen und Organisationen bis zum 8. Oktober 2017 um Beiträge zu möglichen Verbesserungen der europäischen Gesetzgebung zum Verbraucherschutz. Die EU-Kommission befragt insbesondere auch zu den Rechten, die für Online-Marktplätze gelten und zu den „kostenlosen“ Online-Dienstleistungen, bei denen Konsumenten ihre persönlichen Daten zur Verfügung stellen anstatt zu bezahlen. Außerdem möchte sie Informationen dazu erhalten, wie Konsumenten Entschädigung oder Rechtsmittel erhalten können, wenn sie von unfairen Handelspraktiken betroffen sind.

https://ec.europa.eu/germany/news/%C3%B6ffentliche-konsultation-zum-eu-verbraucherrecht_de

<https://ec.europa.eu/eusurvey/runner/ConsumerLawReview>

BAUEN / ENERGIE / UMWELT / VERKEHR

1. Neue Regelungen für die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden

Der EU-Ministerrat legte am 26. Juni 2017 seinen Standpunkt zum Vorschlag für eine überarbeitete Richtlinie über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden fest. Die Mitgliedstaaten werden zur Einrichtung langfristiger Renovierungsstra-

tegien verpflichtet, Ein weiterer wichtiger Bestandteil der überarbeiteten Richtlinie ist die Förderung der Elektromobilität. Zu diesem Zweck werden in Nichtwohngebäuden mindestens ein Ladepunkt für Elektrofahrzeuge je zehn Stellplätze und die Vorinstallation von Leitungsinfrastruktur für jeden Stellplatz in Wohngebäuden vorgeschrieben. Diese Anforderungen werden für Gebäude mit mehr als zehn Stellplätzen gelten. Die Einführung eines Intelligenzindikators für Gebäude wird auf freiwilliger Basis vorgeschlagen und die Inspektion von Heizungs- und Klimaanlage wird vereinfacht.

Der EU-Ministerrat kann nunmehr Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament aufnehmen, sobald dieses seinen Standpunkt festgelegt hat. Der Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie des Europäischen Parlaments wird seine Stellungnahme voraussichtlich im November 2017 abgeben.

<http://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2017/06/26-energy-efficient-buildings/>

<http://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-10288-2017-INIT/de/pdf>

(Allgemeine Ausrichtung)

2. Vereinfachte Energieverbrauch-Skala von A bis G für Haushaltsgeräte

Der EU-Ministerrat verabschiedete am 26. Juni 2017, nach Zustimmung des Europäischen Parlaments, eine Verordnung zur Festlegung eines Rahmens für die Energieeffizienzkenzeichnung. Die Neuregelung beinhaltet ein vereinfachtes Energielabel für Elektrogeräte. Danach wird die Angabe mit Pluszeichen von A+ bis A+++ abgeschafft und durch eine einfache Skala von A bis G ersetzt. A steht für die effizientesten Geräte und G für die ineffizienten. Bei Änderungen des Anteils der effizienten Geräte erfolgt eine automatische Nachjustierung, so dass A stets für die Spitzengeräte steht. Die Einführung der neuen Label erfolgt ab 2019.

Klaus Müller, Vorstand des vzbv, erklärte zur Entscheidung des Europäischen Parlaments: „Die Kennzeichnung von Elektrogeräten ist heute kaum noch zu verstehen. Die vielen Plusklassen beim Energielabel führen eher zu Verwirrung als zu echter Aufklärung. Mit der Entscheidung des EU-Parlaments ist der politische Kompromiss vom März 2017 auf einem guten Weg, endlich Realität für Verbraucherinnen und Verbraucher zu werden. Allerdings kann es noch bis zu acht Jahre dauern, bis die Neuerungen für alle Produktgruppen gelten. Die Europäische Kommission muss jetzt auf die Tube drücken, damit die Verbesserungen so schnell wie möglich für die einzelnen Produktgruppen wie Waschmaschinen, Kühlschränke und Fernseher umgesetzt werden.“

<http://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2017/06/26-clearer-energy-labelling/>

<http://data.consilium.europa.eu/doc/document/PE-19-2017-INIT/de/pdf> (Verordnung)

<http://www.vzbv.de/pressemitteilung/energielabel-endlich-klarheit-fuer-verbraucher>

3. Umweltzeichen für weiterverarbeitete Papiererzeugnisse

Der EU-Ministerrat erhob am 26. Juni 2017 keine Einwände gegen die Änderung des Beschlusses der EU-Kommission zwecks Verlängerung der Geltungsdauer der Umweltkriterien für die Vergabe des EU-Umweltzeichens für weiterverarbeitete Papiererzeugnisse. Die EU-Kommission kann diesen Beschluss fassen, wenn auch das Europäische Parlament keine Einwände erhebt.

<http://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-8859-2017-INIT/de/pdf>

FINANZDIENSTLEISTUNGEN

1. Vorschlag für europäisches Altersvorsorgeprodukt

Die EU-Kommission unterbreitete am 29. Juni 2017 einen Gesetzesvorschlag für eine europaweite private Altersvorsorge („Pan European Pension Product, PEPP). Hierfür sollen europaweit einheitliche Qualitätsstandards gelten.

PEPPs könnten von unterschiedlichen Unternehmen angeboten werden, wie von Versicherungsunternehmen, Banken, betrieblichen Rentenkassen, Wertpapierfirmen und Vermögensverwaltungsgesellschaften. Sie sollen die bestehende gesetzliche, betriebliche und nationale private Altersvorsorge ergänzen, aber weder ersetzen noch harmonisieren. Den Verbrauchern sollen strenge Kundeninformationspflichten und Vertriebsvorschriften zugutekommen, die auch für den Online-Vertrieb gelten. Die Anbieter würden für den PEPP-Vertrieb eine Zulassung der Europäischen Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung (EIOPA) benötigen.

Damit die europäischen Altersvorsorgeprodukte durchstarten können, legt die EU-Kommission den Mitgliedstaaten in einer ebenfalls am 29. Juni 2017 vorgelegten Empfehlung nahe, diese Produkte bei der steuerlichen Behandlung mit ähnlichen nationalen Produkten gleichzustellen.

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-17-1800_de.htm

https://ec.europa.eu/info/publications/170629-personal-pension-products_de

(Links zu Vorschlag und zu Empfehlung)

2. Bericht über Verbrauchertrends im Bankensektor

Die Europäische Bankenaufsichtsbehörde (EBA) veröffentlichte am 28. Juni 2017 ihren Bericht über Verbrauchertrends im Bankensektor im Jahr 2017. Danach haben Hypotheken weiterhin den größten Einfluss auf Verbraucher. Verbraucherkredite nahmen aber auch rasch zu. Die meisten Beschwerden gebe es aber bei Zahlungskonten und Zahlungsdiensten. Angesichts des Niedrigzinsumfelds nehme die Verschuldung zu. Banken versuchten über Gebühren höhere Einnahmen zu erzielen.

<http://www.eba.europa.eu/-/eba-publishes-2017-consumer-trends-report>

<http://www.eba.europa.eu/documents/10180/1720738/Consumer+Trends+Report+2017.pdf>

GESUNDHEIT / ERNÄHRUNG

1. Neue EU-Ökoverordnung nimmt entscheidende Hürde

Am 28. Juni 2017 haben die Verhandlungsführer der EU-Mitgliedstaaten und des Europäischen Parlaments eine Einigung erzielt, um die Regeln für die ökologische Erzeugung zu aktualisieren. Wesentliche Inhalte sind eine Harmonisierung der Produktionsvorschriften und eine verstärkte Überwachung. Neu eingeführt werden Kontrollen im Einzelhandel. Beim Vorhandensein nicht zugelassener Pestizide wird mehr Flexibilität gewährt, um den unterschiedlichen Gegebenheiten in den einzelnen Mitgliedstaaten Rechnung zu tragen. So können Länder, in denen für nicht zugelassene Stoffe bereits nationale Bestimmungen gelten, diese beibehalten.

Der Vereinbarung müssen das Europäische Parlament und die Landwirtschaftsminister im EU-Ministerrat noch formal zustimmen. Geltungsbeginn der neuen Verordnung ist der 1. Juli 2020.

<http://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2017/06/28-rules-organic-farming/>

https://ec.europa.eu/germany/news/neue-eu-%C3%B6koverordnung-nimmt-entscheidende-h%C3%BCrde_de

http://europa.eu/rapid/press-release_STATEMENT-17-1827_en.htm

2. EU geht gegen resistente, gefährliche Keime vor

Die EU-Kommission hat am 29. Juni 2017 einen neuen Aktionsplan zur Bekämpfung antimikrobieller Resistenzen verabschiedet. Allein in der Europäischen Union würden antimikrobielle Resistenzen für 25.000 Todesfälle pro Jahr und einen wirtschaftlichen Schaden von 1,5 Milliarden Euro verantwortlich gemacht. Der Aktionsplan umfasst Maßnahmen zur Überwachung und zur Forschung sowie als erstes konkretes Ergebnis „Leitlinien zur Förderung des umsichtigen Einsatzes antimikrobieller Mittel in der Humanmedizin“. Diese richten sich an Ärzte, Pflegepersonal, Apotheker, Krankenhausmanager und andere, die bei der Verwendung solcher Mittel eine Rolle spielen. Sie ergänzen bestehende nationale Leitlinien für die Prävention und Bekämpfung von Infektionen.

https://ec.europa.eu/germany/news/eu-geht-gegen-resistente-gef%C3%A4hrliche-keime-vor_de

http://ec.europa.eu/health/amr/action_eu_en (Link zu Aktionsplan)

https://ec.europa.eu/health/amr/sites/amr/files/amr_guidelines_prudent_use_en.pdf (Leitlinien, englisch)

3. Europäischer Gerichtshof klärt Beweislast bei Produkthaftung für Arzneimittel

Der Europäische Gerichtshof entschied am 21. Juni 2017, dass der Nachweis über den ursächlichen Zusammenhang zwischen dem Fehler eines Produkts und einem eingetretenen Schaden bereits durch ein Bündel ernsthafter, klarer und übereinstimmender Indizien erbracht werden kann. Voraussetzung ist, dass das Indizienbündel aus Sicht des befassten nationalen Gerichts mit hinreichend hoher Wahrscheinlichkeit den Schluss zulässt, dass die erforderliche Kausalität zwischen Produktfehler und Schaden besteht. Im Ausgangsfall geht es um einen behaupteten Impfschaden. Die zeitliche Nähe zwischen der Verabreichung eines Impfstoffs und dem Auftreten einer Krankheit, fehlende Vorerkrankungen bei der geimpften Person selbst und in ihrer Familie sowie das Vorliegen einer bedeutenden Anzahl erfasster Fälle des Auftretens der Krankheit nach solchen Verabreichungen könnten gegebenenfalls hinreichende Indizien für die Erbringung dieses Beweises darstellen.

<https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2017-06/cp170066de.pdf>

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=192054&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=285932>

TELEKOMMUNIKATION / MEDIEN / INTERNET

Besserer Schutz gegen Betrug beim Online-Kauf

Die Unterhändler des Europäischen Parlaments und des EU-Ministerrats haben sich am 21. Juni 2017 auf eine engere europäische Zusammenarbeit bei der Durchsetzung von Verbraucherrechten beim Online-Kauf geeinigt. Die nationalen Behörden erhalten Mindestbefugnisse für die Ermittlung von Verstößen gegen Verbraucherrechte und für die Durchsetzung von Sanktionen. Der Amtshilfemechanismus wird gestärkt, um Verstöße innerhalb der EU aufzudecken und ihnen Einhalt zu gebieten. Ein verbesserter Warnmechanismus wird es einer zuständigen Behörde ermöglichen, unverzüglich die EU-Kommission und die anderen zuständigen Behörden zu unterrichten. Die zuständigen Behörden können auch auf eigene Initiative Ermittlungen einleiten, wenn ihnen Verstöße innerhalb der Europäischen Union oder weitverbreitete Verstöße auf anderem Wege als durch Beschwerden einzelner Verbraucher bekannt werden.

EU-Justizkommissarin Věra Jourová erklärte: „Gestärkte grenzüberschreitenden Durchsetzungsrechte sind im digitalen Zeitalter unerlässlich, da betrügerische Praktiken mit nur einem Klick in vielen Ländern kopiert werden können. Die Verbraucherschutzbehörden bekommen moderne Instrumente an die Hand, um Verbraucher beim Online-Kauf zu schützen, wie etwa das Recht, Websites mit betrügerischen Angeboten zu löschen.“

https://ec.europa.eu/germany/news/neue-regeln-sch%C3%BCtzen-besser-gegen-betrug-beim-online-kauf_de

http://www.consilium.europa.eu/press-releases-pdf/2017/6/47244661568_de.pdf

WIRTSCHAFTSFRAGEN / WETTBEWERB

1. EU-Kommission verhängt Rekordbuße von 2,42 Milliarden Euro gegen Google

Die EU-Kommission hat eine Geldbuße von 2,42 Milliarden Euro gegen Google verhängt, da das Unternehmen gegen das EU-Kartellrecht verstoßen hat. Google habe seine marktbeherrschende Stellung als Suchmaschinenbetreiber missbraucht, indem es einem anderen Google-Produkt – seinem Preisvergleichsdienst – einen unrechtmäßigen Vorteil verschafft hat. Das Unternehmen muss dieses Verhalten nun innerhalb von 90 Tagen abstellen. Ansonsten muss

es Zwangsgelder von bis zu fünf Prozent des durchschnittlichen weltweiten Tagesumsatzes seiner Muttergesellschaft Alphabet zahlen.

Dazu Klaus Müller, Vorstand des Verbraucherzentrale Bundesverbands (vzbv): „Der Verbraucherzentrale Bundesverband begrüßt die Entscheidung der EU-Kommission. Google hat mit dieser Geschäftspraktik dem fairen Wettbewerb geschadet und die Angebotsvielfalt eingeschränkt. Die empfindliche Geldstrafe wird dafür sorgen, dass Verbraucher in Zukunft etwas mehr Transparenz beim Online-Shopping erwarten können. Verbraucher müssen darauf vertrauen können, dass Suchmaschinen wie Google die relevantesten Ergebnisse anzeigen. Um nachteilige Entscheidungen für Verbraucher zu verhindern und Diskriminierung auszuschließen, könnte auch die Überprüfung von relevanten Algorithmen durch eine unabhängige Aufsichtsbehörde einen Beitrag leisten. Hierfür setzt sich der vzbv bei der kommenden Bundesregierung ein.“

https://ec.europa.eu/germany/news/eu-kommission-verh%C3%A4ngt-geldbu%C3%9Fe-von-242-milliarden-euro-gegen-google_de

<http://www.vzbv.de/pressemitteilung/rekordstrafe-google-darf-eigene-shop-ping-dienste-nicht-bevorzugen>

2. Zunahme des Verbrauchervertrauens im Juni 2017

Die Generaldirektion für Wirtschaft und Finanzen der EU-Kommission veröffentlicht aufgrund von Umfragedaten einen Index des Verbrauchervertrauens. Für Juni 2017 konstatierte sie eine deutliche Zunahme sowohl im Eurogebiet (+ 2,0 Punkte auf -1,3) als auch in der Europäischen Union insgesamt (+ 1,1 Punkte auf - 2,2) verglichen mit Mai 2017. Derartige Werte sind zuletzt vor Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise im Jahr 2007 erzielt worden.

https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/fcci_2017_06_en.pdf

TERMINVORSCHAU

Rat

Ratsarbeitsgruppe „Wettbewerb“ (3. Juli 2017)

Stärkung der Wettbewerbsbehörden der Mitgliedstaaten im Hinblick auf eine wirksamere Durchsetzung der Wettbewerbsvorschriften und zur Gewährleistung des reibungslosen Funktionierens des Binnenmarkts.

Horizontale Gruppe „Fragen des Cyberraums“ (3. Juli 2017)

Aussprache über Cybersicherheit.

Ratsarbeitsgruppe „Audiovisuelle Medien“ (3. Juli 2017)

Änderung der Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste angesichts neuer Marktbedingungen.

Ratsarbeitsgruppe „Energie“ (4. Juli 2017)

Förderung von Energie aus erneuerbaren Quellen.

Ratsarbeitsgruppe „Telekommunikation und Informationsgesellschaft“ (4./5. Juli 2017)

Europäischer elektronischer Kommunikationskodex.

Ratsarbeitsgruppe „Verbraucherschutz und -information“ (4. Juli 2017)

Information über Treffen der „Arbeitsgruppe zum Schutz von Touristen und zu den Rechten und Pflichten der Reiseveranstalter“ der Welttourismusorganisation der Vereinten Nationen (UNWTO) am 14. Juni 2017.

Ratsarbeitsgruppe „Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum- Binnenmarkt“ (5./6. Juli 2017)

Einrichtung eines zentralen digitalen Zugangstors zu Informationen, Verfahren, Hilfs- und Problemlösungsdiensten.

Ratsarbeitsgruppe „Energie“ (6. Juni 2017)

Governance der Energieunion.

Ratsarbeitsgruppe „Versicherungen“ (7. Juli 2017)

Aussprache über Kommissionsvorschlag zu gesamteuropäischem Altersvorsorgeprodukt.

Ratsarbeitsgruppe „Gesundheitswesen“ (7. Juli 2017)

Präsentation von e-Gesundheitsaktivitäten in der digitalen Binnenmarktstrategie durch die EU-Kommission.

Ratsarbeitsgruppe „Geistiges Eigentum“ – Urheberrecht“ (10./11. Juli 2017)

Urheberrecht im digitalen Binnenmarkt; Wahrnehmung von Urheberrechten und verwandten Schutzrechten in Bezug auf bestimmte Online-Übertragungen von

Rundfunkveranstaltern und die Weiterverbreitung von Fernseh- und Hörfunkprogrammen.

Rat Wirtschaft und Finanzen – Ecofin (11.Juli 2017)

Halbzeitbewertung des Aktionsplans zur Kapitalmarktunion durch die Kommission (Schlussfolgerungen des Rates).

Ratsarbeitsgruppe „Finanzdienstleistungen“ (13./14. Juli 2017)

Reform der Bankenaufsicht (Risikoreduzierung).

Europäisches Parlament

Plenum (3. bis 6. Juli 2017)

Vorbereitung des Arbeitsprogramms der Kommission für 2018 - Erklärung der Kommission; Reflexionspapier zur Zukunft der EU-Finzen bis 2025 - Erklärung der Kommission; Europäische Normen; Vertrag von Marrakesch: Zugang zu Werken und sonstigen Schutzgegenständen für sehbehinderte Menschen; Längere Lebensdauer für Produkte: Vorteile für Verbraucher und Unternehmen; Franchising-Praxis im Einzelhandel; Festlegung eines EU-weiten Rahmens für gedeckte Schuldverschreibungen; Europäische Nachhaltigkeitspolitik; Hochrangiges politisches Forum für nachhaltige Entwicklung - Erklärungen des Rates und der Kommission; Verjährungsfristen für Verkehrsunfälle; Gemeinsame Mindeststandards des Zivilprozessrechts; Anstieg der Zahl der HIV-, TB- und HCV-Epidemien in Europa - Anfrage zur mündlichen Beantwortung.

Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie (10./11. Juli 2017)

Energieeffizienz von Gebäuden; Anhörung zur Zukunft des EU-Elektrizitätsmarkts; Urheberrecht im digitalen Binnenmarkt; Binnenmarkt für Elektrizität; Governance für Binnenmarkt für Elektrizität; Risikovorsorge im Elektrizitätssektor.

Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz (12./13. Juli 2017)

Zusammenarbeit zwischen den für die Durchsetzung der Verbraucherschutzgesetze zuständigen nationalen Behörden; Maßnahmen gegen Geoblocking und andere Formen der Diskriminierung aufgrund der Staatsangehörigkeit, des Wohnsitzes oder des Ortes der Niederlassung des Kunden innerhalb des Binnenmarkts; Auf dem Weg zu einer Strategie für den digitalen Handel; Festlegung der Bedingungen und des Verfahrens für Auskunftersuchen der Kommission an Unternehmen und Unternehmensvereinigungen in Bezug auf den Binnenmarkt und damit verbundene Bereiche; Einrichtung eines zentralen digitalen Zugangstors zu Informationen, Verfahren, Hilfs- und Problemlösungsdiensten im Binnenmarkt.

Ausschuss für Kultur und Bildung (11. Juli 2017)

Urheberrecht im digitalen Binnenmarkt.

Rechtsausschuss (12./13. Juli 2017)

Legitime Maßnahmen zum Schutz interner Hinweisgeber, die im öffentlichen Interesse handeln, wenn sie die vertraulichen Informationen von Unternehmen und öffentlichen Stellen offenlegen; Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten durch die Organe, Einrichtungen, Ämter und Agenturen der Union und freier Datenverkehr; Urheberrecht im digitalen Binnenmarkt; Binnenmarkt für Elektrizität; Gründung einer Agentur der Europäischen Union für die Zusammenarbeit der Energieregulierungsbehörden; Wahrnehmung von Urheberrechten und verwandten Schutzrechten in Bezug auf bestimmte Online-Übertragungen von Rundfunkveranstaltern und die Weiterverbreitung von Fernseh- und Hörfunkprogrammen.

Europäische Kommission

Wöchentliche Sitzung des Kollegiums (12. Juli 2017)

Mögliches Thema: Binnenmarktstrategie: Binnenmarktpaket (Goods Package)

Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss

Plenum (5./6. Juli 2017)

Produktfälschung und -piraterie (Initiativstellungnahme); Industrieller Wandel in der EU-Rübenzuckerindustrie (Initiativstellungnahme); Mehrwertsteuervorschriften (Paket) für den digitalen Binnenmarkt; Auf dem Weg in eine nachhaltige Zukunft: Europäische Nachhaltigkeitspolitik; Ökodesign-Arbeitsprogramm 2016-2019; Der Beitrag der energetischen Verwertung von Abfällen zur Kreislaufwirtschaft; Beschränkung der Verwendung bestimmter gefährlicher Stoffe in Elektro- und Elektronikgeräten; Überprüfung der Umsetzung des EU-Umweltrechts (Mitteilung); Aufbau einer europäischen Datenwirtschaft (Mitteilung); Schutz personenbezogener Daten in der elektronischen Kommunikation; Auswirkungen der Digitalisierung und Robotisierung des Verkehrssektors auf die Politikgestaltung der EU (Initiativstellungnahme); Urheberrecht/Barrierefreiheit; Energiepreise und -kosten in Europa; Durchsetzung der Wettbewerbsvorschriften.

Ausschuss der Regionen

Fachkommission für Umweltschutz, Klimawandel und Energie (3./4. Juli 2017)

Stellungnahme „Überprüfung der Umsetzung der Umweltpolitik; Beitrag der energetischen Verwertung von Abfällen zur Kreislaufwirtschaft; Finanzierung des Klimaschutzes als wirksames Mittel zur Umsetzung des Übereinkommens von Paris (Initiativstellungnahme). Konferenz zum Thema „Saubere Energie für die Ökologisierung von Städten und Regionen: Energieunion und nachhaltige Entwicklung auf lokaler und regionaler Ebene.

Plenum (12./13. Juli 2017)

Die Gemeinsame Agrarpolitik nach 2020; Auf dem Weg in eine nachhaltige Zukunft – Europäische Nachhaltigkeitspolitik; Governance-System der Energieunion und saubere Energie; Energieeffizienz und Gebäude; Erneuerbare Energien und Elektrizitätsbinnenmarkt; Eine europäische Strategie für emissionsarme Mobilität.

Europäischer Gerichtshof

Schlussanträge in der Rechtssache C-320/16 (4. Juli 2017)

Smartphone-App „Uber Pop“.

Urteil in der Rechtssache C-290/16 (6. Juli 2017)

Der Bundesverband der Verbraucherzentralen (vzbv) beanstandet vor den deutschen Gerichten eine Klausel in den Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) von Air Berlin, wonach die Fluglinie eine Bearbeitungsgebühr von 25 Euro erhebt, wenn ein Passagier seinen Flug (Spartarif) storniert oder nicht antritt. Ferner beanstandet der Bundesverband die Darstellung von Steuern und Gebühren auf der Website von Air Berlin.

Verbraucherpolitik EU aktuell erscheint alle zwei Wochen. Der Newsletter gibt einen Überblick über aktuelle Termine und relevante verbraucherpolitische Aktivitäten und Vorhaben in der Gesetzgebung der EU.

Newsletter verfasst von

Dr. Ekkehard Rohrer, MPA (Harvard University) – Brüssel

Im Auftrag des Verbraucherzentrale Bundesverbands (vzbv)